

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 68

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellere 40 Goldpfennig, — Offertgeblühn 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Samstag, den 21. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Marr lehnt Kabinettsbildung ab.

Andauernde preussische Krise.

Berlin, 19. März.

Die für heute im Preussischen Landtag angekündigte Regierungserklärung mit Vorstellung des neuen Kabinetts kam nicht zustande, da der zum Ministerpräsidenten gewählte Abg. Dr. Marr dem Präsidenten des Landtages Bartels mitteilte, er gebe seine Versuche, ein Kabinett zu bilden, auf und lehne die Ministerpräsidentenschaft ab. Infolgedessen beantragte Abg. Grzesinski (Soz.) die Aufhebung des Punktes „Entgegennahme einer Regierungserklärung“. Die Aufhebung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen.

Der Ältestenrat des Preussischen Landtages sprach sich ebenfalls gegen den Antrag der Rechten aus, die Entgegennahme der Erklärung des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen. Am Freitag soll der Ältestenrat erneut zusammentreten und den Termin für die Wahl des Ministerpräsidenten festsetzen. Gegen den Vorschlag der Rechten, für diese Sitzung einen Tag der nächsten Woche festzusetzen, wurde von anderer Seite Widerspruch erhoben.

Sitzungsbericht.

(25. Sitzung.)

u. Berlin, 19. März.

Nach der Bekanntgabe der Ablehnung der Ministerpräsidentenschaft durch Marr und den darauffolgenden Beschlüssen trat der Landtag in die Tagesordnung ein. Als erster Punkt steht zur Beratung der Bericht des Geschäftsausschusses über die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Siering als Zeugen. Die Genehmigung wird ohne Aussprache erteilt. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Antrages der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten auf Annahme eines Gesetzesentwurfes über die

Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreistage.

Nach dem Ausschussantrag soll die Wahlzeit bis zum 1. November verlängert werden. Abg. Dr. v. Kries (Dtn.) beantragt, den Gegenstand an den Ausschuss zurückzuverweisen. Der Antrag wird gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt. Hierauf wird die namentliche Abstimmung, bei der sich in der letzten Beratung die Beschlussfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte, über den Antrag des Ausschusses, die Wahlzeit bis zum 1. November zu verlängern, wiederholt. Präsident Bartels teilt das Ergebnis der Abstimmung dahin mit, daß nur 212 Karten abgegeben wurden, daß also das Haus beschlußunfähig sei. Die Kommunisten und die Rechte hatten durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung die Beschlussfähigkeit herbeigeführt. Damit ist die Sitzung beendet.

Die zweite Sitzung.

Der Präsident setzt auf sofort eine neue Sitzung an, in der die Vorlage über die Hinausschiebung der Wahlen nun nicht mehr zur Beratung steht. Das Haus tritt ein in die zweite Beratung der Novelle zu dem Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen

Steuer vom Grundvermögen.

Nach dem Antrag des Ausschusses wird das Gesetz bis zum 30. Juni 1925 verlängert. Abg. Geden (Dtn.) erklärte die Ablehnung seiner Fraktion. Die Abg. Dr. Waentig (Soz.), Dr. Wiemer (D. Vp.) und Schmelzer (Ztr.) stimmten der Ausschussfassung zu. Abg. Schwend Berlin (Komm.) lehnt die Vorlage gleichfalls ab. Abg. v. Wangenheim (D.-Hann.) setzte in längeren Darlegungen die Reformbedürftigkeit des Gesetzes auseinander, über die man sich auch im Ausschuss klar gewesen sei. Angesichts der Lage müsse man sich aber mit der vorgeschlagenen Regelung abfinden. Das Gesetz wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgt die gemeinsame Beratung der Großen Anfrage der Sozialdemokraten und des Antrages der Kommunisten über die

Zusammenstöße in Halle und in Berlin

in kommunistischen Versammlungen am 13. und 15. März 1925. Abg. Dr. Waentig (Soz.): Noch kennen wir nicht alle Einzelheiten des schrecklichen Vorgangs in Halle. In der Versammlung sollten auch zwei Ausländer sprechen, das hatte die Hallenser Polizei verboten und evtl. mit Auflösung der Versammlung gedroht. Der Redner schildert dann die Vorgänge und stellt fest, daß das Verbot ungesetzlich war. Wenn es aber auch gesetzlich gewesen wäre, bliebe es eine Dummheit. Der Minister muß genaue Auskunft über die Vorgänge und darüber geben, was das Staatsministerium tun will, um eine Wiederkehr solcher Vorfälle zu verhindern.

Innenminister Severing:

Von kommunistischen Rufen „Arbeitermörder“ empfangen, erklärte der Minister: Schon bei oberflächlicher Betrachtung haben sich so viele Fehler auf allen Seiten gezeigt, daß mir zur Klärung der Dinge die polizeilichen Berichte nicht ausreichen, daß ich vielmehr eine Untersuchung an Ort und Stelle durch Ministerialkommission vornehmen lassen werde. Es ist nicht wahr, daß ich das polizeiliche Verbot gebet und dem Oberleutnant Bigner ein gutes Zeugnis ausgestellt hätte. Abg. Dr. Waentig hat das Verbot ungesetzlich genannt. Soweit kann ich ihm nicht folgen. (Lärm bei den Komm.) Ich glaube nicht, daß es in Rußland einem deutschen Sozialdemokraten gestattet würde, als Redner aufzutreten. Ungesetzlich war das Verbot nicht. Es handelte sich nur um eine Frage der polizeilichen Zweckmäßigkeit. Das Redeverbot des Polizeipräsidenten Ronge war mir unverständlich. Wir nehmen eine unparteiische, schonungslose Untersuchung vor, um die Polizei von allen ungeeigneten Elementen zu säubern. In dem Verlangen dieser Säuberung sind alle Parteien berechtigt, nur die Kommunisten nicht. (Lärm bei den Komm.) Kennen Sie dieses Buch? (Der Minister zeigt ein rotbrochures Heft „Der Bürgerkrieg“ — Die Kommunisten lachen und lachen.) In diesem Buch wird von der kommunistischen Partei ein Reglement zur Führung des Bürgerkrieges gegen die Polizei gegeben. Wenn die Beamten das lesen, so wissen sie nicht, daß diese blutdürstigen Nebensachen zum großen Teil nur den großen Mund ungeeigneter Elemente verraten, die die R. P. D. aus ihren

Reihen entfernen sollte, wie auch aus der Polizei die ungeeigneten Elemente entfernt werden. Ich habe meine Schuldigkeit getan, tun Sie (zu den Kommunisten) die Ihre! (Lebh. Beifall in der Mitte, Psittirufe und Lärm bei den Komm.)

Abg. Dörr (Komm.) erhält einen Ordnungsruf, weil er den Minister einen Bluthund genannt hat. Als der Kommunist Stolz Beschimpfungen gegen den Minister richtet, wird Stolz von verschiedenen Sozialdemokraten umringt, die ihm zurufen: „Der Kerl hat seine Arbeitskollegen um ihr Geld betrogen!“ Erst nach längerer Zeit legt sich der Lärm.

Die Debatte.

Abg. Dr. Marekth (Dtn.): Die Deutschnationale Volkspartei spricht ihr schmerzliches Bedauern über die traurigen Vorgänge in Halle (Muse bei den Komm.: „Heuchler!“) vom allgemein menschlichen und auch vom nationalen Standpunkt aus, weil es das traurigste ist, wenn Deutsche von Deutschen getötet werden. Wir hegen noch immer die Hoffnung, daß die von den Kommunisten verhetzten Arbeiter sich eines Tages wieder auf ihr Deutschtum besinnen. Das Redeverbot gegen die ausländischen Kommunisten war zweifellos berechtigt. Angesichts der Terrororganisation der Kommunisten muß verlangt werden, daß die Schutzpolizei in die Lage versetzt wird, solchen Gewaltplänen wirksam entgegenzutreten. (Beifall rechts, Lärm bei den Komm.)

Abg. Drescher (Soz.) unterstreicht zunächst die von seinem Parteifreund Waentig an der Polizei geübte Kritik und wendet sich dann scharf gegen die Kommunisten.

Abg. Meisinger (Ztr.) spricht sein Bedauern über die Todesopfer von Halle aus. Die Polizeibeamten, die so schweren Dienst im öffentlichen Interesse tun müssen besser bezahlt werden.

Abg. Heidenreich (D. Vp.) schließt sich den anerkennenden Worten des Vorredners für die Polizei an. Nachdem der Polizeipräsident von Halle seines Dienstes enthoben sei, dürfte nunmehr die unteren ausführenden Polizeiorgane nicht bestraft werden, bevor die Untersuchung beendet ist.

Abg. Dahlemaun (Komm.) behauptet, die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Abgeordneten hätten den Arbeitermord in Halle gesehehen. Damit habe sich der Landtag genügend geäußert.

Dann wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Deutscher Reichstag.

(38. Sitzung.)

EB. Berlin, 19. März.

Die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Scheidemann (Soz.) als Zeugen vor dem Schwurgericht in Weimar wurde abgelehnt. Die Genehmigung zur Vernehmung der Abgeordneten Stampfer und Braun (Soz.) im Nothard-Prozess in Magdeburg wurde erteilt. Darauf stellt der Abg. Bell (Ztr.) als Vertriebsstatist fest, daß im Nothard-Prozess das öffentliche Interesse an der Klarstellung der Vorgänge so groß sei, daß auch die Reichstagsabgeordneten während der Parlamentszeit als Zeugen vernommen werden müßten. Die Zahl der zu vernehmenden Reichstagsabgeordneten sei aber in der letzten Zeit so stark gewachsen, daß eine bedenkliche Kollision zwischen dem Rechtsinteresse und dem Parlamentsinteresse entstanden sei. Es wäre ein unmöglicher Zustand, daß viele Abgeordnete auf diese Weise an wichtigen Abstimmungen nicht teilnehmen könnten. In Zukunft werde die Genehmigung nur noch bei außerordentlich wichtigen Angelegenheiten erteilt werden. Das Haus begann dann die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die

vorkläufige Regelung des Haushaltsplanes für 1925.

Der Ausschuss empfiehlt dabei die Annahme einer Entschliebung, die die Reichsregierung ersucht, bei der Umstellung der Deutschen Werke alle Maßnahmen zu ergreifen, die bei möglicher Erhaltung der Arbeitslosigkeit geeignet sind, die Reichsinteressen in vollem Umfange zu wahren. Die für diese Umstellung unerlässlichen Mittel sollen von der Reichsregierung mit Genehmigung des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Verfügung gestellt werden. Der Notetat selbst solle bis 31. März d. J. befristet werden.

Eingegangen ist dann ein sozialistischer Antrag, in der Steuernotverordnung den steuerfreien Lohn- und Gehaltsbetrag von 60 auf 100 Mark zu erhöhen. Abg. Stöder (Komm.) erklärte, seine Freunde dächten nicht daran, dem Kabinett Luther diese Notvorlage zu bewilligen. Sie beantragten ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung. Präsident Lobe stellt fest, daß über diesen Mißtrauensantrag erst am Freitag entschieden werden könne. Der Notetat wurde darauf in seinen wichtigsten Bestimmungen in zweiter Lesung angenommen. Abg. Meier-Laden (Soz.) empfahl dann den sozialistischen Antrag auf

Erhöhung des steuerfreien Gehaltsbetrages.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben bat um Ablehnung oder um Überweisung an den Steueraussschuß, da sonst die rechtzeitige Fertigstellung des Notetats gefährdet werde. Abg. Dr. Brünning (Ztr.) warnte vor einer größeren Belastung der breiten Masse. Die Lohnsteuer müsse erst geregelt werden, ehe die andern Steuerpläne der Regierung behandelt werden können. Abg. Dr. Herx (Soz.) verlangte sofortige Entscheidung. Der sozialdemokratische Antrag wurde dann dem Steueraussschuß überwiesen. Bei der weiteren Beratung wandte sich dann der Abg. Dismann (Soz.) dagegen, daß auf die Leitung der Deutschen Werke das Privatkapital Einfluß gewinne.

Abg. Erising (Ztr.) wies darauf hin, daß im Vorjahre das Reich schon 18 Millionen in die Deutschen Werke gesteckt habe. Jetzt würden wieder 30—40 Millionen verlangt. Da könne die Privatindustrie nicht ruhig zusehen.

Abg. Brünninghaus (D. Vp.) erklärte, seine Freunde werden sich unter keinen Umständen dazu hergeben, dauernd Unsummen in ein Faß ohne Boden zu werfen. Der Notetat wurde dann in 2. Beratung angenommen.

Aber die Entschliebung, betreffend die Deutschen Werke, wird erst in 3. Lesung abgestimmt. In 2. und 3. Lesung wurde dann der Gesetzesentwurf zur Regelung des Finanzausgleichs im ersten Halbjahre 1925 angenommen. Durch die Vorlage wird lediglich der geltende Finanzausgleich bis zum 30. September d. J. verlängert, zu welchem Zeitpunkt dann der endgültige Finanzausgleich in Kraft treten soll. Der Reichstag beriet dann die Anträge des Haushaltsausschusses, betreffend die Ersetzung. Verbunden damit war der sozialdemokratische Antrag über ein Wohnungsprogramm und der deutschnationale Antrag über die Verwendung der Hauszinssteuer.

Abg. Lipinski (Soz.) lehnte die Aufhebung der Wohnungsnotstandsverordnung ab. Wenn die Friedensmiete in vollem Umfang schon in kurzer Zeit hergestellt würde, wie einige Anträge es wollen, so würden große soziale Kämpfe die Folge sein. Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag, um den Antrag auf Sicherung der Wahlfreiheit und die kommunistischen Anträge über die Vorgänge in Halle zu beraten.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Marr lehnte die Ministerpräsidentenschaft und Kabinettsbildung in Preußen ab.

* Im Eisenbahnerstreik wurde der Schiedsspruch vom 13. März durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Dadurch dürfte dem Streik ein Ende bereitet sein.

* Die Aufwertungs- und Aufbaupartei hat den Senatspräsidenten Dr. Lobe als Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft aufgestellt.

* Eine furchterliche Sturmflutkatastrophe suchte mehrere Staaten Nordamerikas heim. 2000 Menschen sind umgekommen, viele Städte zerstört.

* In Tokio vernichtete ein Riesenseuer 3000 Häuser. Unzählige Obdachlose kampieren auf den Straßen.

Sperrgesetz und Sparsamkeit.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der Reichstag hat beschlossen, das Sperrgesetz für die Beamtenbesoldung der Länder und Gemeinden grundsätzlich bis zum 1. April 1926 bestehen zu lassen; nur wenn das Zuschlagsrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer Ländern und Gemeinden zu einem früheren Zeitpunkt zugesprochen werden würde, dann sollte mit diesem Zeitpunkt auch das Sperrgesetz fallen.

Das Gesetz datiert vom 21. Dezember 1920 und bestimmt, daß die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften ihren Beamten und Lehrern keine höheren Gehälter bezahlen dürfen, als das Reich seinen eigenen entsprechend beschäftigten Beamten zukommen läßt. Länder wie Kommunen usw. bedürfen für ihre Besoldungsordnung der Genehmigung bzw. Überprüfung durch die Reichsregierung. Dieses Sperrgesetz ist eine bitter notwendig gewordene Frucht nicht nur der ganzen wirtschaftlichen, sondern auch der steuerlichen Umgestaltung, die nach der Revolution einsetzte, in der sogenannten ersten Erbsbergerischen Steuerreform (1919) fortgesetzt wurde und die Finanzgebarung der Länder und Kommunen in ein ganz anderes Verhältnis zum Reich brachte, als das früher der Fall war. Die Einkommensteuer fiel ebenso an das Reich wie eine ganze Reihe anderer Steuern, mit denen bis dahin die Länder und Gemeinden ihre Steuerfächer gefüllt hatten. Sie wurden jetzt, um ein bekanntes Bismarcksches Wort zu gebrauchen, „Kostgänger des Reiches“, während bekanntlich früher das Reich in der Hauptsache „Kostgänger der Länder“ gewesen war. Die Länder und Kommunen waren also sozusagen finanziell verantwortungslos bei der Festsetzung der Besoldung ihrer Beamten geworden und verführten entsprechend. Namentlich die Gemeinden. Man bewilligte fröhlich darauslos, ohne sich viel Kopfzerbrechen über die Aufbringung der Kosten zu machen. Die Inflationspsychose, die jeden klaren Blick für eine vorsichtige, die Möglichkeiten abwägende Finanzgebarung über den Haufen warf, war gepaart mit einer Bewilligungsfreudigkeit, die allzu häufig rein parteiagitorischen Zwecken entsprang, um hinterher, bei der Wahlpropaganda, mit der Beamtenfreundlichkeit kreben gehen zu können. Gerade die Inflation schuf ja für die Beamten jeden Augenblick wieder neue Notlagen, die in den Gemeinden durch Gehaltssteigerungen schneller beseitigt werden konnten als durch den viel schwerfälliger arbeitenden Apparat der Reichsgegesetzgebung.

Damit machte das Sperrgesetz ein Ende, da das Reich denn doch nicht so einfach über seine Einnahmen verfügen lassen wollte, tat das um so mehr, als seine finanzielle Notlage immer größer wurde, um so mehr, als der Verwaltungsapparat auch in Ländern und Gemeinden geradezu ungeheuerlich angeschwollen war, und zwar ebenso in personeller wie sachlicher Hinsicht.

Selbstverständlich haben sich Länder wie Kommunen mit allen möglichen offenen und geheimen Mitteln dagegen gewehrt, wobei z. B. die Verteilung ihrer Beamten auf die Befoldungsgruppen recht häufig zu den merkwürdigsten Erscheinungen führte. Deswegen die freilich technisch unmöglich durchführbare Nachprüfung der einzelnen Befoldungsordnungen durch das Reich. Immer wieder erging der Ruf nach Sparsamkeit, blieb aber allzu oft ungehört.

Der Personalaufbau hatte hier zunächst einmal eine Reinigungsauflage zu verrichten und die wachsende finanzielle Selbständigkeit der Länder und Gemeinden öffnete den Weg zu einer ruckläufigen Bewegung. Wir stehen aber unmittelbar vor einer Neuregelung unseres Steuerwesens und des Finanzausgleichs, was sich die Reichsregierung nun nicht durch eine Aufhebung des Sperrgesetzes vorzeitig stören lassen will. Denn erst nach Fertigstellung dieser Steuerreform werden ja Länder wie Gemeinden erst übersehen können, über welche Steuerquellen bzw. Zuschüsse vom Reich sie verfügen können, wie groß ihre finanzielle Verfügungsmöglichkeit, aber auch ihre finanziell-wirtschaftliche Verantwortlichkeit sein wird. Es war leicht, fremdem Säckel zu wirtschaften; jetzt aber wird es heißen, sich nach der Decke zu strecken, selbst — in der Hauptsache wenigstens — die Mittel für die Beamtengehälter aufzubringen. Das vergangene Jahr nach Beseitigung der Inflation hat überaus erziehlisch gewirkt, weil doch das Bewußtsein von der Notwendigkeit allergrößter Sparsamkeit auch in die bewilligungsfreudigsten Länder- und Stadtparlamente einzuwirken ist.

Ganze Städte vom Erdboden verschwunden.

Die Zerstörung in Südbillinois ist ungeheuer. Nicht nur die Stadt Paris ist hinweggefragt worden, sondern ganze Dörfer sind verschwunden. Ungezählte Tausende, abgesehen von über tausend Toten, sind verwundet worden. Die 11 000 Einwohner zählende Stadt Murphysboro lag im Zentrum des Tornados und wurde am schwersten betroffen. Die Stadt existiert nicht mehr. Die Orte Desoto Duquoin, Westfrankfurt, Thompsonville und Logan in Südbillinois sind ebenfalls schwer betroffen, zum Teil zerstört worden. In Westfrankfurt wurden mehrere Schulen vernichtet und die Kinder getötet. Nach den letzten Nachrichten haben an Toten Westfrankfurt wahrscheinlich mindestens 1000, Murphysboro 20, Desoto 150, Paris 150, Princetown 100, Griffon (Indiana) 25, Orham 90, Darmi 150. Das Washingtoner Rote Kreuz hat eine großzügige Hilfsaktion eingeleitet. Der Gouverneur mobilisierte drei Regimenter, außerdem wurden 50 Ärzte in das zerstörte Gebiet abgeschickt.

Die größte Katastrophe seit dem Erdbeben von San Franzisko.

Die Zahl der durch den Tornado in Illinois und Indiana Umgekommenen beträgt nach den letzten Meldungen fast 2000, die der Schwerverwundeten 63 000. Den großen Zeitungen gelang es nicht, Drahtverbindungen mit Südbillinois zu erhalten, da sämtliche Drähte zerstört sind. Der Schaden ist ungeheuer. Verschiedene Expresszüge aus dem Süden erreichten Chicago mit verwundeten Passagieren. Im zerstörten Gebiet spielen sich ergreifende Szenen ab. Frauen und Männer suchen unter den Trümmern ihre Familienangehörigen. Der ganze Landstrich aus Südbillinois bildet eine große Trümmersstätte. Die Zeitungen bezeichnen diese Riesenkatastrophe als die größte seit dem Erdbeben von San Franzisko.

Der Brand von Tokio.

3000 Häuser vernichtet.

Die große Feuersbrunst in Tokio, die sofort mehrere Stadtteile ergriff, dehnte sich immer weiter aus und immer neue Viertel wurden von ihr ergriffen. Alle Bemühungen der Feuerwehr, der Polizei und der Truppen waren fast erfolglos. Bisher sind 3000 Häuser niedergebrannt. Die Obdachlosen verpacken mit ihrer geretteten Habe die Straßen der übrigen Stadt. Die Polizei hat die größte Mühe, die Ordnung einigermaßen aufrechtzuerhalten.

Die Hauptstadt Japans ist bisher noch nicht annähernd inskandiert gewesen, sich von den ungeheuren Schäden, die das Erdbeben des vorigen Jahres angerichtet hatte, zu erholen und schon hat eine neue Katastrophe neues Unheil über die schwergeprüfte Stadt gebracht. Man darf freilich nicht an europäische Verhältnisse denken, wenn man von der Riesenzahl der dem Feuer zum Opfer gefallenen Häuser liest. Das japanische Haus ist in der Mehrheit der Fälle ein sehr gebrechlich zusammengefügter Bau aus Holz und noch leichteren Materialien, wie Bambus und Papier. Größere und kleinere Feuersbrünste sind daher in den japanischen Städten an der Tagesordnung und auch bei dem Erdbeben im vorigen Jahre wäre der Schaden nicht so ungeheuer gewesen, wenn nicht das so leicht entzündende Feuer zu den Wirkungen der unterirdischen Gewalt hinzugezogen wäre.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 21. März 1925.

—* Auf Grund des § 8 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten und des § 15 des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 (R. G. Bl. S. 159 ff.) sowie der Reichsstimmmordnung vom 14. März 1924 (R. G. Bl. S. 173 ff.) ist zum Kreiswahlleiter für die Wahl des Reichspräsidenten für den Wahlkreis 18, Westfalen-Süd, umfassend den Regierungsbezirk Arnsberg der Herr Oberbürgermeister Dr. Eichhoff in Dortmund und zu seinem Stellvertreter der Herr Landrat Hausmann in Hörde ernannt.

—* Die Sonntagspostbestellung bleibt? Im Reichspostministerium tagte gestern der Ausschuss des Verwaltungsrates der Reichspost. Wie aus Berlin berichtet wird, war die Frage der Abschaffung der Sonntagsbestellung von der Tagesordnung gestrichen worden. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß der Verwaltungsrat, der in acht Tagen wieder zusammentritt, die Angelegenheit ebenfalls ruhen läßt, sodaß es bei der Sonntagsbestellung bleibt.

—* Der Hypothekengläubiger- und Sparer-Sparverband für das deutsche Reich (Sparerbund) macht unter dem 16. ds. Mts. darauf aufmerksam, daß er die auf die Parteien nach ihren Wahlversprechungen gestellten Erwartungen in der Aufwertungsangelegenheit noch nicht erfüllt sieht. Er empfiehlt daher bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl beim ersten Wahlgang Stimmhaltung. Ueber die Stellungnahme zum zweiten Wahlgang wird das Weitere vorbehalten.

□ Salver, 20. März. Die Amts-Sparkasse teilt uns mit, daß ihr ein weiterer Saatkredit zur Verfügung gestellt sei. Die Verwendung des Geldes zur Saatgutbeschaffung muß von der Kasse und Landwirtschaftskammer überwacht werden. Zinsfuß ist 6% & 4%, Wechselstempel. Rückzahlungsfrist ist der 16. 11. 1925. Anmeldungen werden bis zum 31. ds. Mts. erbeten.

* Rierspe, 19. März. Das böse Gewissen. Einem Landwirt aus hiesiger Gemeinde wurde in der Weihnachtszeit v. J. ein ansehnlicher Betrag, den er im Schlafzimmer im Bett aufbewahrt hatte, von Dieben entwendet. Hierauf erstattet er Anzeige bei der hiesigen Polizeibehörde. Der oder die Diebe sind inzwischen anderen Sinnes geworden und haben den Betrag auf Heller und Pfennig im Kleiderschrank des genannten Schlafzimmers niedergelegt.

* Jerlohn, 20. März. In der Grüne geriet ein Knecht bei Bedienung der Vorderbremse seines Fuhr-

werks unter die Räder. Der schwere Lastwagen quetschte dem Unglücklichen beide Beine ab.

Bad Dönhaußen, 19 März. Das Ende des Traumes vom Westfälischen Goldland. Wie erinnerlich, wurde kürzlich gemeldet, daß bei Volmerdingen Gold gefunden worden sei. Der Berliner Geologe Professor Mastwerdt besaß sich in der Westf. Ztg. mit diesen „Goldfunden“ und kommt dabei zu folgendem Schlusse: „Die Bodenart dieser Gegend ist eine Ablagerung aus der Eiszeit, nämlich die Grundmoräne, die das Inlandeis nach seinem Abschmelzen zurückließ. Aus seiner nordischen Heimat war das Eis südwärts vorgedrungen und hatte aus Skandinavien und den übrigen Ostseegebieten gröbsten und feinsten Gesteinschutt mitgeschleppt. Das kristalline Urgestein Skandinaviens enthält nun oft viel Schwefelkies, der im Volksmunde wegen seines falschen, bläugoldenen Scheines unter dem Namen Ragen-gold bekannt ist und damit zusammen kommen sehr ganz winzige Mengen, oft Spuren bloß von Gold und Silber vor. Die chemische Untersuchung stellt in einer kleinen Probe von solchem Gesteinsgrus 0,0003 Prozent Gold und 0,0006 Prozent Silber fest. Wohlgerne, nur gewisse Findlinge, also nur ein kleiner Teil der Einschlüsse in der Grundmoräne ergeben diesen Nachweis, das ganze übrige Lehm- und Tonlager ist taub.“

Röln, 19. März. Neuerlich ist eine Anzahl von der englischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt gewesener Gasthäuser, Klubhäuser usw. freigegeben worden. Beschlagnahmt sind nur noch vier solcher Häuser.

Postbezieher!

Versäumen Sie nicht

unsere Zeitung rechtzeitig zu bestellen. Der Postbote kommt in diesen Tagen um die Quittung vorzuzeigen. Geben Sie dann sofort Ihre Bestellung auf, damit in der Zustellung keine unliebsame Unterbrechung Anfang nächsten Monats eintritt.

Zur Aufnahme der Schüler in die höhere Lehranstalt.

Der Studiendirektor Petri-Rochum schreibt zur Aufklärung der Eltern, die beabsichtigen, ihre Kinder zur höheren und mittleren Lehranstalt zu überweisen:

80000 Knaben und fast ebensoviel Mädchen begehren in den kommenden Wochen in Preußen Aufnahme in die höheren Lehranstalten. Der Andrang war in den letzten Jahren unnatürlich groß. Die Unterklassen der höheren Lehranstalten sind überfüllt, die entsprechenden Klassen der Volksschulen, besonders in den Städten, entvölkert, teilweise gingen sie ein.

Liegt es im Interesse der Kinder, der Volksschule, der höheren Schule, des Volksganzen, daß so viele Schüler der Volksschule den Rücken kehren?

Von den nach Sexta Aufgenommenen wird also nicht erreicht:

die Mittelstufe . . . von 30%

die Oberstufe . . . von 70%

und nur 20% von ihnen bestehen die Reifeprüfung. 25 000 preussische Knaben gehen mit Tertiänerbildung, 15 000 gar nach Durchlaufen der Unterstufe jährlich ins Leben. Für die Schwachbegabten der Volksschule richten wir Abschlusssklassen ein, in denen ihnen an Kenntnissen und Fertigkeiten das vermittelt wird, was sie für das Leben brauchen. Um die 15000-Schwachen unserer höheren Lehranstalten kümmert sich niemand. Nach Jahren der Qual und Mißerfolge, oft gecholten, als faul, dumm, unaufmerksam vor der Klasse und im Hause gekennzeichnet, oft bestraft und getadelt, erreichen sie endlich ihr mit ganzem Herzen ersehntes Ziel: sie dürfen die Anstalt verlassen. Die Bücher wurden ihnen gründlich verleidet und lange wird keins von ihnen wieder aus der Ecke hervorgeholt. Aber — sie haben die höhere Lehranstalt besucht und nachdem das Selbstbewußtsein allmählich bei ihnen zuzunehmen beginnt, erwacht, werden sie sich ihres Vorzuges bewußt und schauen dann gar mit einem gewissen Dünkel auf diejenigen, die bloß die Volksschule besuchten. Und doch ist dazu kein Grund vorhanden. Was fehlt ihnen doch alles von dem, was ihnen eine gute Volksschule mit auf den Lebensweg gegeben hätte! Bonunseren großen Denkern und Dichtern haben sie so wenig gelesen. Physik, Chemie, kennen sie kaum dem Namen nach. In Geschichte haben sie von Griechen und Römern und Germanen gehört, in das kulturelle, staatliche, soziale und wirtschaftliche Leben der Gegenwart aber nur ganz dürftige Einblicke gewonnen.

Wieviel Mühsal, Ärger und Sorge brachte ihre Schulzeit der Familie. Wie bangten Eltern und Geschwister mit, wenn die nächste Klassenarbeit oder gar die Zeugnisbesprechung oder Versetzung nahte. Wo die Eltern streng mit dem „kleinen Sünder“ ins Gericht gehen, sucht dieser nicht selten die Mißerfolge zu verbergen; zu Lug und Trug wird der arme Bursche in seiner Herzensangst getrieben; durch Abschlüssen und Benutzen unerlaubter Hilfsmittel sucht er ein besseres Urteil zu erzielen, dabei hätte der Junge ein ganz brauchbarer Durchschnittsschüler der Volksschule werden können, sonst würde er ja die Aufnahmeprüfung zur Sexta nicht bestanden haben. Aber für die abstrakte Form des Unterrichts reichten seine Kräfte nicht.

Auch die höhere Schule hat ein lebhaftes Interesse daran, daß ihr ein besser geschultes Material zugeführt

wird. Ihre Leistungen würden steigen, die Arbeit der Lehrer an den höheren Schulen wäre leichter, befriedigender, angenehmer; die besser begabten Schüler könnten besser gefördert werden, wenn sich der Lehrer der höheren Schule auf eine höhere Durchschnittsbegabung einstellen könnte, wenn er nicht fortwährend durch die Schwachen im Fortschreiten gehemmt würde. Die höheren Lehranstalten müssen sich heute viel zu sehr der Sichtung des Materials widmen und werden dadurch von ihrer Hauptaufgabe, die Begabten auszubilden, abgehalten.

Das Hauptinteresse an einer schärferen Sichtung der Schüler vor Aufnahme in die höheren Schulen hat aber die Volksgemeinschaft. Wer die bunte Mütze einige Jahre getragen hat, der zählt sich gerne zu den Gebildeten. Er selbst, seine Eltern und Tanten halten es für ausgeschlossen, daß er mit Handarbeit sein Brot verdient. Nur selten wird er sich einem Handwerk zu wenden, wenn auch Veranlagung und Begabung ihn auf manuelle Betätigung hinweisen. Daher dann der übergroße Andrang zur Beamtenlaufbahn, zum Büro, zur Kaufmannschaft, zum Handel. Die Allgemeinheit hat ein lebhaftes Interesse daran, daß der zu starke Strom zur höheren Schule eingedämmt wird, daß nicht so viele mit einer zu dünnen und Ueberhebung führenden Halbbildung ins Leben eintreten, daß Ansehen und Wertung der Volksschulbildung steigen.

Für die Landwirtschaft.

Mitgeteilt von der Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Altena.

Die Regierung in Arnsberg hat mit Zustimmung des Bezirksausschusses eine Polizeiverordnung über den Verkehr mit Milch erlassen, die demnächst für den ganzen Regierungsbezirk zur Anwendung gelangt. Die wichtigsten Bestimmungen fordern etwa Folgendes:

Die Dispolizeibehörden können anordnen, daß die Kühe deren Milch in den Verkehr gebracht wird, halbjährlich auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden. Unsaubere, verdorbene oder verfälschte Milch, wie auch die kranker oder schlecht ernährter Kühe, ist vom Verkauf ausgeschlossen. Alle Milchfässer sind sauber zu halten. Als Einstreu dürfen nur frisches Stroh, Torfstreu oder andere reine Streuarten verwendet werden. Abortanlagen in Milchviehställen sind unzulässig. Personen mit Ausschlägen, Geschwüren oder eiternden Wunden dürfen das Melken nicht besorgen, ebenso keine Bazillenträger oder Dauerausscheider. Vor dem Melken sind Unterarme und Hände gründlich zu waschen. Beschmutzte Euter müssen ebenfalls gründlich gereinigt werden, und der erste Milchstrahl einer jeden Zitze ist nicht in die Verkehrsmilch zu melken. Nach dem Melken ist die Milch von Schmutzteilen zu befreien und möglichst zu kühlen. Gefäße, aus denen die Milch fremdenartige Stoffe aufnehmen kann, dürfen zur Aufnahme von Milch nicht benutzt werden. Hands- und Verkaufsgefäße, mit Ausnahme von Flaschen, müssen festschließende Deckel haben. Sämtliche Milch-Maßgefäße sind peinlich sauber zu halten, desgleichen die Zapfhähne an Milchgefäßen oder geschlossenen Milchwagen. An den Milchgefäßen muß durch eine leicht erkennbare, unabnehmbare Bezeichnung zu sehen sein, ob sie Voll- oder Magermilch enthalten.

Die Verkaufs- und Aufbewahrungsräume sollen sauber, staubfrei und kühl gehalten werden; die Wände müssen mindestens in 2 Meter Höhe abwaschbar sein; ebenso muß der Fußboden eine feuchte Reinigung gestatten. Besondere Vorschriften gelten für Vorzugsmilch (Kinder-, Säuglings-, Kurmilch usw.); namentlich hinsichtlich des Stalles, des Melktraumes, des Falters, des Viehbestandes und der Milchbehandlung sehen die Vorschriften schärfere Maßnahmen vor.

Sowohl für den gewöhnlichen landwirtschaftlichen Betrieb als auch für Molkereien und Betriebe zur Gewinnung von Vorzugsmilch ist eine besondere Betriebsvorschrift erlassen.

Wenngleich es vom gesundheitlichen Standpunkt aus anzuerkennen ist, daß die Behörden dem Verkehr mit Milch erhöhte Aufmerksamkeit widmen, so darf doch nicht übersehen werden, daß die erhöhte Sorgfalt nach den verschiedensten Richtungen hin einen gesteigerten Arbeitsaufwand voraussetzt. Wer diese Verordnung in allen Punkten peinlich genau erfüllen will, der muß zu je 15 Milchfässern eine neue Hilfskraft einstellen.

Die Verordnung macht ein höheres Gebäudelapital zur Voraussetzung; sie steigert den Aufwand für Milchgefäße und Arbeitsleistungen; sie belastet den Betrieb durch die vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen für Mensch und Tier. Der Konsument darf daher nicht erstaunt sein, wenn der Landwirt sich die Gepflogenheit des Geschäftsmannes zu eigen macht, die vermehrten Aufkosten durch einen erhöhten Verkaufspreis weit zu machen.

In den letzten Tagen sind den Landwirten die neuen Grundschuldbescheide zugegangen. Die Grundschuld beträgt jetzt 5%, vom berechtigten Beibrbeitragswert und 5% von der Grundschuld machen die Rentenbankzinsen für 1 Jahr aus. Diese werden in zwei Raten nachträglich gezahlt, sodaß auf jede Rate die Hälfte der jährlichen Zinsen kommt. Die bisher gestundeten Rentenbankzinsen bleiben auch weiterhin bis auf weitere Weisung gestundet. Demnach sind am 1. April lediglich die Rentenbankzinsen für das zurückliegende Halbjahr (1. Oktober 1924 bis 1. April 1925) zu leisten. Rentenbankzahlungen die für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 1. Oktober 1924 geleistet sind, können auf die am 1. April 1925 fällige Rate verrechnet werden.

Der neue Grundschuldbescheid ist allgemein gehalten; er läßt in der Aufrechnung die Sonderbestimmungen, die für die Notgebiete gelten, nicht in die Erscheinung treten.

MAGGI'S Würze

sparsam verwenden

weil

sehr ausgiebig!

Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygienischen Instituts der Universität Berlin, Geh. Med. Rat Professor Dr. Martin Hahn unterstellt.

Kleiderstoffe

Gabardine ca. 130 cm br., in vielen Modefarb., 11.50 8.50 6⁷⁵
 Popeline ca. 90-105 cm br., schönes Sortiment . . . 5.50 4.95 3⁹⁵
 Donegal ca. 140 cm breit, für Mäntel und Kostüme . . . 8.50 5.50 2⁹⁵
 Schotten ca. 80-100 cm breit, hübsche Muster . . . 3.50 2.45 1⁴⁵
 Schotten ca. 105 cm breit, reine Wolle . . . 8.50 6.75 4⁷⁵
 Wollcrêpe ca. 90-100 cm breit, in modernen Farben 7.50 5⁷⁵
 Tuche ca. 130 cm breit, reine Wolle 14.50 11⁵⁰
 Rips ca. 130 cm breit, für Mäntel und Kostüme . . . 18.50 12⁵⁰

billige Angebote für das Frühjahr!

Seidenstoffe

Waschseide in modernen Farben, uni u. bedruckt 4.95 3⁹⁵
 Crêpe de chine reine Seide, 110 cm, in vielen Farben . . . 11.50 9.75 7⁵⁰
 Crêpe marocaine die moderne Webart, in reizenden Dessins 11.50 9.75 6⁷⁵
 Eolienne in allen Modefarben, ca. 100 cm breit . . . 9.75 8.75 7⁷⁵
 Damassée Halbseide in vielen Farbstellungen 7.50 5.95 4⁹⁵
 Trikot in Kunstseide, ca. 110 cm breit 4⁷⁵
 Velvet la. Körper-Qualität, ca. 70-90 cm breit . . . 13.50 10.50 6⁷⁵
 Velvet ca. 45 cm breit, für Muster-Karten 1⁹⁵

Alsberg
 Lüdenscheid

Stadt Harlen.
Klara Rüdch
Fritz Dörscheln
 Verlobte.

Annenberg b. Kierspe Dörscheln b. Ronsahl
 21. März 1925.

Schalksmühle
 im schönen Volmetal.
Gasthof zur alten Post
 vollständig neu eingerichtet.
 Schöne Gesellschaftsräume,
 la Getränke, — kalte u. warme Küche,
 Fremdenzimmer.
 Sonntags von 5 Uhr ab
Streich-Konzert.
 Theod. Haupe.

Henrich-Kerspe-Lichtspiele

Schalksmühle.
 Sonntag, 22. März 1925
 Nachm. 2, 5 u. 8 Uhr.
 Deutschlands neuester Sonderfilm
„Deutsche Helden
in schwerer Zeit.“
 Ein Film von Deutschlands
 Auferstehung in 10 Akten.

Wir suchen für unsere Wein- und Feinkost-großhandlung einen gut empfohlenen Herrn mit genügenden Fachkenntnissen als

Vertreter

für das Volme- u. Ennepegebiet. In den in Frage kommenden Kreisen gut eingeführte Herren belieben ausführliche Angebote unter B. 150 an die Expedition des Allgem. Anzeigers Halver.

Milchverandscheine

— mit und ohne Namensaufdruck —
 liefert schnell und billigst
 die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Persil das
 unübertroffene Waschmittel



halbe Arbeit, billiges
 Waschen und die Wäsche fadellos
 (Nur in der bekannten Packung)
 niemals lose.

Wer ein **PIANO** Flügel oder Harmonium anschaffen will wendet sich direkt an
 D. R. P.
 Staatsmedaille
 Gold. Ausstellungspreise.
 Hof-Piano- und Flügelfabrik
Roth & Junius
 Hagen i. W. Bahnhofstraße 29
 (Filiale: Berlin am Zoo).
 Lieferung frei Haus
 Zahlungserleichterung.
 NB. In Sonder-Abt. Original-Grammophone mit Künstlerplatten.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, 22. März Vorm. 9 Uhr heil. Abendmahl, 10 Uhr Konfirmation Pastor Dr. Große-Dreißelhaus, Dienstag, abds. 8.30 Uhr Kirchenchor. Freitag abds. 6 Uhr Passionsgottesdienst und heil. Abendmahl. 8 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Samstag 21. März 8.30 Uhr Gemeinsame Gebetsstunde, Sonntag 22. März 1¹/₂ Uhr Spmtagschule, 4 Uhr Bibelfunde, 5.30 Uhr Jungfrauenverein-Gesangstunde, 8 Uhr Jünglingsverein. Dienstag abds. 8.30 Uhr Bibelfunde, Bundessekretär Bäßler des Blauen Kreuzes, Haus Barmen. Mittwoch 4 Uhr Missionshandarbeitsstunde, abds. 8.30 Uhr Bibelfunde, Bundessekretär Bäßler des Blauen Kreuzes, Haus Barmen. Donnerstag abds. 8.30 Uhr Mitgliederversammlung, Freitag, abds. 8.30 Uhr Männerchor.

Freie evang. Gemeinde Halver. Berliner Straße 27a. Samstag, 21. März abds. 8.30 Uhr Männer- u. Jünglingsverein, General-Versammlung. Sonntag, 22. März, 9¹/₂ Uhr Erbauungsstunde, nachm. 1¹/₂ Uhr Sonntagschule. 4 Uhr Bibl. Vortrag. Montag abds. 8.45 Uhr Gebetsstunde. Mittwoch abds. 8.45 Uhr Bibl. Vortrag, Evang. T. Schirp.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 22. März: 8 Uhr Frühmesse mit Predigt 10.15 Uhr Hochamt mit Predigt, 2.30 Uhr Andacht.

Evang. Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, 22. März 10 Uhr Gottesdienst und Prüfung der Konfirmanden 4 Uhr Jungfrauenverein, abds. 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag abds. 8¹/₂ Uhr Männerchor. Dienstag 8¹/₂ Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 8.30 Uhr Passionsgottesdienst mit Abendmahlsfeier. Donnerstag 8.30 Uhr Männer- u. Jünglingsverein, Bibelfunde. Freitag 8.30 Uhr Posaunenchor, Samstag 8.30 Uhr Gemischter Chor.

Evang. Gemeinde Brügge. Sonntag, 22. März 10 Uhr Gottesdienst und Prüfung der dies-jährigen Konfirmanden. Montag, 1.30 Uhr Vorstandskonferenz der Frauenhilfe bei Tasche. Mittwoch 4 Uhr Frauenhilfe Brügge, 8 Uhr Posaunenchor, 8.30 Uhr Kirchenchor. Donnerstag 4 Uhr Frauenhilfe Brügge. Freitag 8 Uhr Passionsgottesdienst in der Kirche.

Hagener Brotfabrik.

Verkaufsstellen in Halver:
 Bornefeld, Berlinerstr.
 Brocksieper,
 Theimann.

Wir empfehlen als besonders billig folgende Brotsorten:

Schwarzbrot, gut schneidbar volle 3 Pfd. . . Mk. 0.56
 Baderborner- und Siegener Brot, 2¹/₂ Pfd. . . Mk. 0.55
 Weichgemahlen Brot 2¹/₂ Pfd. . . Mk. 0.55

Wohn- u. Geschäfts-

haus besonders geeignet f. Bäcker usw. i. nächster Nähv. Halver unter günstigen Bedingungen mit 2-3000 Mk. Anzahlung, Restsumme 10 Jahre un-lösbar zu günstigen Zinssätzen, zu verkaufen. Eine Wohnung wird sofort frei. Angebote unter R. 590 an die Geschäfts- d. Allg. Anz. Halver.

Radio

Anlagen sowie Zubehör liefert zu günstigen Preisen
 Elektro-Motoren-Reparatur - Werkstatt
 Gebr. Turck, Halver
 Berlinerstr. 20 Telefon 35



Gerner & Co., Hagen
 Eberfelderstr. 80. Fernruf 3560 u. 4184.

Blutreinigungskur
 Eine gegen unreines Blut, Furunkeln, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Schärfe des Blutes, durch unseren echten **Wörlsholener Blutreinigungstee.**
 Allein echt:
Wörlsholener Naturheilmittel, Eibelfeld.
 Niederlage:
 Halversche Med.-Drogerie Carl Menke, Halver.

1 Schachtmeister und 20 Erdarbeiter
 sofort gesucht.
Carl Brückmann,
 Halver.

Wir können noch eine größere Anzahl **Arbeiterinnen** (mindestens 15) für leichte, dauernde, hochbezahlte Beschäftigung einstellen.
Metallwarenfabrik P. W. Hanraud,
 Halver.

Wegen Verheirathung des gegenwärtigen wird für sofort ein gutes **Mädchen** nach Lüdenscheid gesucht.
 Meldungen an Haus zur Fuhr, Halver.



Samstag, 21. März
Chorstunde.

Jüngerer **Pressen-**arbeiter

sowie **Plagarbeiter** ferner ein **Lehrling** und 2-3 jüngere **Arbeiter**

für die Packstube per sofort oder in 14 Tagen gesucht.

August Berghaus,
 Abt. Fabrik
 Oberbrügge i. W.

Für sofort ein tüchtiger **Schnittschlosser** der selbstständig arbeitet, sowie einige **junge Leute** zu Diktat für die Packstube gesucht.

Friedrich Hefendehl,
 Kierspe-Whf.

Einige **Arbeiterinnen od. Arbeiter** stellen wir per sofort ein.
H. Ahlhaus & Co.,
 Halver.

Pianos Flügel
 erster Hof-pianofabriken auch auf Teilzahlung
Planofabrik Schäfer
 Hagen, Neumarkt
 Stimmung, Reparaturen.

Tüchtiges zuverlässiges **Mädchen** sofort gesucht.
Frau Karl Schießer,
 Metzgerei
 Brügge i. W.

Eine sehr gute und hochtragende **Milch-Kuh** steht günstig zum Verkauf bei

A. Aggenbach,
 Linnepermühle
 b. Schalksmühle.

Briefkastetten mit und ohne Druck
Wilh. Bell jr.